

**Vorlage für die Sitzung der
staatlichen/städtischen Deputation für Inneres
am 09.01.2019**

Vorlage Nr. 19/222

zu Punkt 1 Teil B der Tagesordnung

A - Problem

Mit Schreiben vom 23. Oktober 2018 wurde folgende Berichtsbitte an die Deputation für Inneres durch Herrn Wesemann (Fraktion DIE LINKE) eingereicht:

„Neonaziaktivitäten in Bremerhaven und Bremen

In Bremerhaven bedrohen Neonazis regelmäßig Menschen, die sich gegen Rassismus und Neonazismus engagieren (vgl.: <https://www.taz.de/!5535071/>; <https://nord24.de/bremerhaven/bremerhaven-rechte-poebeln-offenbar-aktivisten-an>).

Diese Aktionen gehen von Mitgliedern der Neonazipartei „Die Rechte“ aus, die aus verbotenen Kameradschaften in Dortmund und Aachen hervorgegangen ist und sich im Land Bremen u.a. aus ehemaligen NPD-Mitgliedern rekrutiert.

In Bremen fanden sich Ende September militante Neonazis zuletzt bei einer „Trauerkundgebung“ für den Bremer „HoGeSa“-Kader Marcel K. ein, der sich zuvor nach Angaben der dortigen Mordkommission in Mönchengladbach das Leben genommen hatte.

Ich bitte um einen Bericht zu den folgenden Fragen:

1. Haben sich Organisationsgrad und Aktionsformen der Neonazi-Szene nach polizeilicher Einschätzung in Bremerhaven und Bremen zuletzt verändert bzw. zugespitzt?
2. Wie viele Fälle von Bedrohungen durch Mitglieder der Neonaziszene hat es in Bremerhaven und Bremen im laufenden Jahr gegeben?
3. Gegen wie viele Mitglieder der Neonaziszene in Bremerhaven und Bremen wurden in diesem Jahr gefahrenabwehrrechtliche polizeiliche Maßnahmen ergriffen (Platzverweise, Gefährderansprachen usw.)?
4. Wegen welcher Straftaten hat die Polizei im laufenden Jahr Strafanzeigen gegen Mitglieder der Neonaziszene in Bremerhaven und Bremen gefertigt? “

B - Lösung

Die Berichtsbitte wird nachfolgend beantwortet.

Frage 1:

Haben sich Organisationsgrad und Aktionsformen der Neonazi-Szene nach polizeilicher Einschätzung in Bremerhaven und Bremen zuletzt verändert bzw. zugespitzt?

Antwort:

Nach polizeilicher Einschätzung haben sich der Organisationsgrad und auch die Aktionsformen der Neonazi-Szene in Bremerhaven und Bremen zuletzt verändert.

Am 04. August 2018 fand in Bremerhaven der Gründungsparteitag des Landesverbandes Bremen der Partei „Die Rechte“ statt. „Die Rechte“ sieht sich als Alternative zu bestehenden rechtsextremen Parteien in Deutschland. Neben der Wahl einer Person zum Landesvorsitzenden der Partei „Die Rechte“ wurde eine weitere Person zum Kreisverbandsvorsitzenden in Bremerhaven gewählt.

Die 2012 von ehemaligen DVU-Mitgliedern und Neonazis gegründete rechtsextremistische Partei „Die Rechte“ gilt als offen neonazistisch. In ihrer ideologischen Ausrichtung ist die Partei fremdenfeindlich, rassistisch und antisemitisch.

Im Jahr 2017 zählte die Partei bundesweit etwa 650 Mitglieder, sie verfügt über mehrere Landes- und Kreisverbände. In Bremen hatte sich 2013 eine „Landesgruppe“ gegründet, die in den letzten Jahren allerdings nicht mehr aktiv war. Mit der Gründung des Landesverbandes am 4. August 2018 in Bremerhaven gibt es folglich erstmals einen Landesverband der Partei „Die Rechte“ in Bremen. Organisatorischer Schwerpunkt der Partei ist Nordrhein-Westfalen, dort existiert ihr aktivster und mitgliederstärkster Landesverband. Der Landesverband war ein Auffangbecken für Neonazis, als 2012 und 2013 mehrere neonazistische Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen verboten worden sind. Die früheren Aktivisten neonazistischer Kameradschaften führen ihre Aktivitäten und Veranstaltungen seitdem unter Ausnutzung des Parteienprivilegs fort.

Nach eigenen Angaben soll der Bremer Landesverband „Die Rechte“ zur Zeit etwa 30 Mitglieder haben.

Seit April dieses Jahres waren in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven Plakatierungsaktionen durch Aufkleber mit rechtem Hintergrund und Aufkleber der Partei „Die Rechte“ zu konstatieren. Die Aktionen werden aus polizeilicher Sicht einer kleinen Personengruppe zugeordnet, die der Neonazi-Szene zuzurechnen ist.

In beiden Stadtgemeinden wurden insbesondere folgende Aktivitäten registriert;

Im August 2018 sympathisierten Mitglieder der Personengruppe vor dem Hauptbahnhof Bremen mit rechtsgerichteten Demonstrationen in Chemnitz.

Im September dieses Jahres traten Mitglieder der Partei „Die Rechte“ in der Bremerhavener Fußgängerzone provokant gegen eine Demonstration des „Vereins für gleiche Rechte e.V.“ auf.

Ende September dieses Jahres fand am Torfhafen in Bremen-Findorff eine nicht angemeldete Trauerveranstaltung mit ca. 60 Personen statt. Nach polizeilichem Erkenntnisstand nahmen auch Mitglieder der Partei „Die Rechte“ an der Aktion teil.

Im Oktober 2018 wurden an der Gedenkstätte des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers im Bremerhavener Fischereihafen Aufkleber der Partei „Die Rechte“ und Bilder von Adolf Hitler angebracht.

In Bremerhaven hat sich mittlerweile ein „Aktionsbündnis gegen Rechts“ gebildet. Hierzu verlaublich „Die Rechte“ auf ihrer Internetseite „solche Ansammlungen zumindest auch zukünftig im Auge zu behalten, um linksextremen Umtrieben entgegenzuwirken.“

Ende Oktober 2018 kam es im Bereich der Informationsveranstaltung des Vereins „DIALOG / Aktionsbündnis gegen Rechts“ vor der Großen Kirche in der Bremerhavener Fußgängerzone zu einem Aufeinandertreffen von linken und rechten Gruppierungen. Es erfolgten verbale Konfrontationen.

Am 22. Oktober 2018 wurden durch ein Mitglied der Partei „Die Rechte“ bei dem Bürger- und Ordnungsamt Bremerhaven diverse Flugblattverteilaktionen und Infostände angemeldet.

Am 27. Oktober 18 gab es in der Innenstadt zeitgleich einen Info-Stand des Vereins „DIALOG“ und eine Flyer-Aktion der Partei „Die Rechte.“

Nach der Gründung des Landesverbandes Bremen der Partei „Die Rechte“ wurde bekannt, dass beabsichtigt ist, im Mai 2019 bei der Bürgerschaftswahl in Bremen, bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und bei der Europawahl anzutreten.

Frage 2:

Wie viele Fälle von Bedrohungen durch Mitglieder der Neonaziszene hat es in Bremerhaven und Bremen im laufenden Jahr gegeben?

Antwort:

Sofern es sich um politisch motivierte Straftaten durch Mitglieder der Neonaziszene handelt, werden diese in der PMK-rechts Statistik erfasst. Für das laufende Jahr 2018 sind hier weder für Bremen noch für Bremerhaven Bedrohungen verzeichnet.

Die in Bremerhaven bekannt gewordenen Sachverhalte haben den Tatbestand der Bedrohung nicht erfüllt. In einem Fall wurde ein Ermittlungsverfahren nach dem Kunsturhebergesetz eingeleitet.

Im Weiteren haben Mitglieder sowie Sympathisanten der Partei „Die Rechte“ in den zurückliegenden Wochen Mitglieder des „Aktionsbündnisses gegen Rechts #WirSindmehr“ mehrfach provoziert. Dabei verhielten sich Angehörige bzw. Anhänger dieser Gruppierung so, dass im Rahmen der Aktionen bisher kein strafrechtlich relevantes Verhalten festzustellen sowie nachweisbar war.

Frage 3:

Gegen wie viele Mitglieder der Neonaziszene in Bremerhaven und Bremen wurden in diesem Jahr gefahrenabwehrrechtliche polizeiliche Maßnahmen ergriffen (Platzverweise, Gefährderansprachen usw.)?

Antwort:

Die Polizei Bremen führt keine im Sinne der Frage auswertbare Statistik über gefahrenabwehrrechtliche polizeiliche Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund kann keine belastbare Auskunft über die Anzahl von entsprechenden Maßnahmen gegen das angefragte Personenspektrum gegeben werden. Nach derzeitigem Erkenntnisstand wurden

im laufenden Jahr 2018 in Bremen keine polizeilichen Maßnahmen in diesem Sinne durchgeführt.

In der Stadtgemeinde Bremerhaven wurden im Jahr 2018 insgesamt zwei Gefährderansprachen bei einer Person durchgeführt, die der Neonaziszene zuzurechnen ist. Weiterhin wurden zwei Verfügungen gegen insgesamt fünf Personen erlassen, die der Neonaziszene zuzurechnen sind.

Frage 4:

Wegen welcher Straftaten hat die Polizei im laufenden Jahr Strafanzeigen gegen Mitglieder der Neonaziszene in Bremerhaven und Bremen gefertigt?

Antwort:

In der Stadtgemeinde Bremen wurden durch die Polizei Bremen im Jahr 2018 in zwei Fällen Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet, die sich gegen Personen richteten, die aktiv für diesen Personenkreis in Erscheinung getreten sind.

In der Stadtgemeinde Bremerhaven wurden durch die Ortschaftspolizei Bremerhaven im laufenden Jahr Ermittlungsverfahren wegen Diebstahl, Sachbeschädigung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Straftat nach dem Kunsturhebergesetz und Beleidigung eingeleitet.

Des Weiteren wurde die Staatsanwaltschaft Bremen in einem Fall um Prüfung gebeten, ob ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorliegt.

C - Beteiligung/Abstimmung

Keine

D - Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.